Bekanntmachung der Planfeststellung für das Vorhaben „Änderung Bahnübergang (BÜ) "Waltenhauser Straße" bahn-km 35,9, Abstufung BÜ "Feldweg" bahn-km 36,1 und Auflassung BÜ "Oberfeld" bahn-km 36,4 in Aletshausen“, Bahn-km 35,900 bis 36,400 der Strecke 5351 Günzburg - Mindelheim in der Gemeinde Aletshausen

Mit Planfeststellungsbeschluss des Eisenbahn-Bundesamtes, Außenstelle München, Arnulfstraße 9/11, 80335 München (Planfeststellungsbehörde) vom 24.04.2025, Az. 651ppb/009-2024#007 ist der Plan für das vorgenannte Bauvorhaben gemäß § 18 Abs. 1 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) festgestellt worden. Vorhabenträgerin ist die DB InfraGO AG.

Der Planfeststellungsbeschluss ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar.

Der Planfeststellungsbeschluss mit den dazugehörigen Zeichnungen und Erläuterungen wird **ab dem 07.08.2025** für einen Zeitraum von zwei Wochen, d. h. **bis zum 20.08.2025**, im Antrags- und Beteiligungsportal des Bundes für Verkehr und Offshore-Vorhaben unter

<https://beteiligung.bund.de/DE/VorhabenFindenUndBeteiligen/Karte/vorhabenuuebersicht-karte.html>

zur allgemeinen Einsichtnahme veröffentlicht. Diese Veröffentlichung ersetzt gemäß § 18b Abs. 3 Satz 1 AEG die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses und deren ortsübliche Bekanntmachung.

Auf Verlangen eines Beteiligten wird diesem eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt. Das Verlangen ist bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist an die Planfeststellungsbehörde zu richten: Sb1-mue-nrb@eba.bund.de

Der verfügende Teil des Beschlusses lautet:

Der Plan für das Vorhaben „Änderung Bahnübergang (BÜ) "Waltenhauser Straße" bahn-km 35,9, Abstufung BÜ "Feldweg" bahn-km 36,1 und Auflassung BÜ "Oberfeld" bahn-km 36,4 in Aletshausen“ in der Gemeinde Aletshausen-Hauptshofen, im Landkreis Günzburg, Bahn-km 35,900 bis 36,400 der Strecke 5351 Günzburg - Mindelheim (Mittelschwabenbahn), wird mit den in diesem Beschluss aufgeführten Nebenbestimmungen festgestellt.

Gegenstand des Vorhabens ist im Wesentlichen:

- Änderung des Bahnübergangs (BÜ) 35,9 am Bahn-km 35,941 mit technischer Sicherung (Halbschranken, Lichtzeichen, Andreaskreuze, Fußgängerakustik), Aufweitung der bahnkreuzenden Straße und Verlegung der bahnrechten Kreuzung

- Abstufung des BÜ 36,1 am Bahn-km 36,150 zu einem Fuß- und Radweg-BÜ mit einer Umlaufsperrung und Andreaskreuzen sowie Herstellung einer richtlinienkonformen Aufstellfläche auf bahnrechter Seite
- Auflassung des BÜ 36,4 am Bahn-km 36,490

Die Einwendungen der Betroffenen und der sonstigen Einwender sowie die von Behörden und Stellen geäußerten Forderungen, Hinweise und Anträge werden zurückgewiesen, soweit ihnen nicht entsprochen wurde oder sie sich nicht auf andere Weise erledigt haben.

Mit dem Vorhaben sind folgende Auswirkungen verbunden: Grundstücksinanspruchnahmen, Eingriffe in Natur und Landschaft, bauzeitliche Schall- und Erschütterungsimmissionen, Beeinträchtigung landwirtschaftlich genutzter, bauzeitlich zu sichernde Versorgungsleitungen, Verkehrsbeeinträchtigungen

Der Planfeststellungsbeschluss enthält Nebenbestimmungen zum Schutz der Umwelt, der Allgemeinheit und zur Vermeidung nachteiliger Wirkungen auf Rechte anderer. Die Nebenbestimmungen betreffen Gewässerschutz, Naturschutz, Landschaftspflege und Artenschutz, den Immissionsschutz, öffentliche Ver- und Entsorgungsanlagen, Eigentumsrechte.

Die Rechtsbehelfsbelehrung lautet:

Gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung **Klage beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, Ludwigstraße 23, 80539 München** erhoben werden.

Der Kläger hat innerhalb einer Frist von zehn Wochen ab Klageerhebung die zur Begründung seiner Klage dienenden Tatsachen und Beweismittel anzugeben.

Die Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss hat kraft Gesetzes keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss nach § 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) kann nur innerhalb eines Monats nach der Zustellung dieses Planfeststellungsbeschlusses beim **Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, Ludwigstraße 23, 80539 München** gestellt und begründet werden.

Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann der durch den Planfeststellungsbeschluss Beschwerende einen hierauf gestützten Antrag nach § 80 Absatz 5 Satz 1 VwGO innerhalb einer Frist von einem Monat stellen und begründen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerende von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

Der Planfeststellungsbeschluss gilt mit dem Ende der Veröffentlichungsfrist allen Betroffenen gegenüber als zugestellt.

Eisenbahn-Bundesamt
Außenstelle München
München, 31.07.2025